

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Landkreis Jerichower Land

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Land- kreis Jerichower Land!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jesiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Kommunale Selbstverwaltung funktioniert – aber nur gemeinsam

Ein Plädoyer für den Bürgerhaushalt und gegen eine arrogante Landespolitik, die den Kommunen Vorschriften macht, sie aber finanziell aushungert



Für mich ist kommunale Selbstverwaltung nur mit einer auskömmlichen Finanzierung möglich. Die muss sich aus eigenen Einnahmen und Landes- bzw. Bundeszuweisungen speisen. Auskömmlich ist offenbar ein dehnbare Begriff, sieht man sich die Politik der vergangenen Jahre an. In der Regierung hat man eine ganz andere Vorstellung davon, was auskömmlich ist, als in den Kommunen selbst. Finanzmittel sind die Grundlage, um die Pflichten vor Ort zu erfüllen oder aber sogenannte freiwillige Leistungen erbringen zu können und damit auch Erwartungen der Bürgerschaft zu erfüllen. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich bin Stadtrat in Genthin und Vorsitzender der Stadtfraktion DIE LINKE. Für die Abgeordneten in den Kommunalparlamenten ist es schwierig, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu argumentieren, wie die Mechanismen funktionieren und warum vieles von dem, was dringend

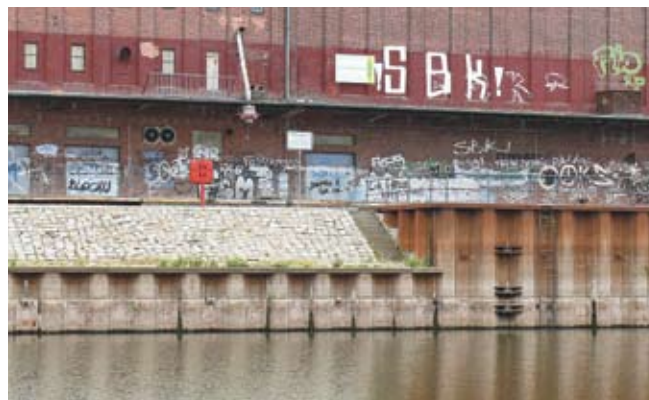
getan werden müsste, nicht getan werden kann. Wir gelten dann oft als die »Schuldigen«. Unser Gestaltungsspielraum ist nicht allzu groß. Aber er ist da, und er kann größer werden, wenn sich die Landespolitik ändert. In den Kommunen sind wir Gewählten nicht mehr und nicht weniger als Gleiche unter Gleichen. Für mich ist Kommunalpolitik dann gut, wenn genau dies sich auch niederschlägt in der Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden.

Ich finde die Idee des Bürgerhaushaltes gut und richtig. Und zwar nicht nur – dies sei an dieser Stelle gesagt – in Zeiten des Mangels. Ein Bürgerhaushalt funktioniert auch dann gut, wenn es wirklich etwas zu verteilen gibt, wenn Geld da ist, über dessen Verwendung die Bürgerschaft gemeinsam mit Stadtrat und Verwaltung die Prioritäten festlegt. Diese basisdemokratischen Prozesse kosten zwar mehr Zeit, aber am Ende steht ein Gemeinwesen, das von

vielen getragen wird. Ein Bürgerhaushalt schafft die Möglichkeit, über Chancen, aber eben auch Zwänge zu diskutieren. Lösungen, die gemeinsam erarbeitet und nicht von oben verordnet werden, sind die Grundlage dafür, dass sich viele für deren Umsetzung engagieren. Auch das »Reinregieren« seitens der Landesregierung funktioniert nicht mehr so einfach, wenn die Haushaltsentscheidungen in den

Kommunen gemeinsam getroffen werden. In meiner parlamentarischen Arbeit auf Landesebene will ich mich, gemeinsam mit meiner Fraktion, dafür stark machen, dass die Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen ausgebaut werden. Auch damit so ein Unsinn wie die »STARK«-Programme nicht mehr passiert, bei denen Kommunen durch nicht auskömmliche Finanzierung so in Schwierigkeiten gerieten, dass sie Landeszuschüsse beantragen mussten. Über diese Zuschüsse hat dann das Finanzministerium seine Auflagen und Bedingungen diktiert und in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen. Die Kommune hat nicht einmal die Möglichkeit, die Landesmittel abzulehnen. Das ist genau die Politik der Arroganz, die wir nicht mehr wollen. Stattdessen wollen wir, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur wählen, sondern auch mitdiskutieren und mitentscheiden können. In schlechten, aber auch in guten Zeiten.

Harry Czeke



Tangermünde: Einfahrt Bootsanleger Elbe

»Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben!«

Das gilt auch und gerade für den ländlichen Raum! Hier geht es darum, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und keinen weiteren Abbau an Infrastruktur oder Versorgungsleistungen zuzulassen. Außerhalb der Städte ist der Weg gerade von jüngeren Menschen, insbesondere von Frauen, am stärksten. Billiglohnpolitik, wie die CDU sie betreibt, hält die Menschen nicht im Land, stattdessen brauchen wir Perspektiven und Ideen. Wir brauchen öffentliche Daseinsvorsorge, Mobilität, Teilhabe, Bildung, Kultur und vor allem gute Arbeit sowie existenzsichernde Löhne und Gehälter.

Basis für jedwede Entwicklung, besonders im ländlichen Raum, sind auskömmlich finanzierte Kommunen. Das heißt: Für vom Land übertragene Aufgaben müssen den Kommunen die Finanzen im Konnexitätsprinzip auch bereitgestellt werden. Nur so können gleichwertige Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge für alle gesichert werden.

Für den ländlichen Raum gelten nicht die gleichen Regeln wie in der Stadt. Grundversorgung muss mobil gedacht werden, gerade in dünn besiedelten Regionen. Trotzdem soll es für alle Menschen in unserem Land eine gute medizinische Versor-

gung geben, soll generationsübergreifendes, bezahlbares, barrierefreies Wohnen möglich sein, ebenso schulische Bildung und Kultur.

Rückgrat für den ländlichen Raum sind die Land- und Forstwirtschaft. Hier gilt das Nachhaltigkeitsprinzip. Dies steht für uns als Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Erst wenn dies zusammengedacht wird, ist Nachhaltigkeit möglich. Grund und Boden zum Beispiel dürfen nicht weiter als Spekulationsobjekte genutzt werden. Privatisierungen sind kein Naturschutz, sondern fördern den Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen. Land-

und Forstwirtschaft sind wichtige Nachfrager nach Gütern bzw. Investitions- und Dienstleistungen. Sie als Teil einer Wertschöpfungskette zu begreifen und vor Raubbau und Vernutzung zu bewahren, ist Ziel und Anspruch in unserer Politik für den ländlichen Raum.



Harry Czeke

Wahlkreis 05, Genthin/Tangermünde/Tangerhütte

Ein bodenständiger Typ! 1961 in Tangermünde geboren. Aufgewachsen und zur Schule gegangen in Jerichow. 1979 in Genthin Abitur gemacht, danach drei Jahre bei der NVA gedient. Erste Arbeitsstelle 1979 in einer LPG, in den Namen »VII. Parteitag« trug, die ihn zur Ausbildung delegierte, wo er Diplom-Agrar-Ingenieur werden konnte. 1985 wieder in die LPG in Klitsche/Schlagenthin zurückgekehrt, Bereichsleiter, später Abteilungsleiter und dann stellvertretender Vorsitzender geworden. Bis heute aktiv im Reitsport und dort viel auf die Beine gestellt. Vor allem auch für Menschen, deren Geldbeutel nicht so prall gefüllt ist. Neben der Turniarbeit gilt sein Interesse der Jugendarbeit. Kinder aus sozial schwachen Familien haben im Reitverein die Möglichkeit, sich zu betätigen. Ein Projekt, das Harry Czeke fortführen wird, egal, wie viel Zeit er dafür neben der parlamentarischen Arbeit dranhängen muss.

1991 trat er zur Gemeinderatswahl an und legte mit einem sehr guten Ergebnis den Grundstein für erfolgreiche Kommunalpolitik der PDS in Schlagenthin.

1994 kandidierte er für die PDS für den Landtag Sachsen-Anhalt und wurde mit 33 Jahren Mitglied des Parlaments. Arbeitete im Umwelt- und Agrarausschuss und ist seit 2006 europapolitischer Sprecher sowie Sprecher für Tourismus- und Forstpolitik.

1999 in Genthin Stadtrat geworden, von 2004 bis 2009 Vorsitzender des Stadtrates gewesen. Davor und auch jetzt Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses.

Bodenständig und eng mit seiner Heimatregion verbunden, sagt er von sich selbst. Andere sagen das auch.

Harry Czeke
Pfarrer-Schneider-Straße 14
39307 Genthin
Telefon: 039 33/80 35 08
harry.czeke@online.de
www.harry-czeke.de



Kerstin Auerbach
Wahlkreis 06, Burg

Ich mag's direkt!

Was hat mich veranlasst, den Schritt zu wagen, in den Landtag von Sachsen-Anhalt zu gehen?

Es lag und liegt mir schon immer am Herzen, Dinge zu verändern. Ich stelle kritische Fragen, suche nach Lösungen und beziehe auf dem Weg zur Veränderung bestehende Netzwerke ein. Ich will gemeinsam mit anderen Räume schaffen, in denen kein Mensch ausgegrenzt wird.

Sport als Bindeglied und Chance

Als Sportlerin bin ich schon seit Kindertagen in diesem Landkreis fest verwurzelt. Ich hatte das Glück, in einem Verein meine Ziele und Träume als Kanutin verfolgen und soziale Kontakte knüpfen zu können, die bis zum heutigen Tag Bestand haben.

Ich kenne viele Sportvereine im Jerichower Land, verfolge ihre Arbeit und ihre Erfolge, weiß aber auch, wo es auf den Nägeln brennt. Die ständige Suche nach Sponsoren, weniger Zuwendungen von Stadt und Land aufgrund fehlender Haushaltsmittel behindern die Arbeit vieler Vereine.

Die ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen, Übungsleiter und Übungsleiterinnen halten das Vereinsleben noch am Leben, finden aber viel zu wenig Beachtung und Anerkennung. Ich finde, dies sollte sich unbedingt ändern, denn gerade der Sport bietet uns die einzigartige Chance, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Grenzen zu überwinden. Im sportlich fairen Wettstreit werden Kompetenzen ausgebildet, die sich weder in der Schule noch in der Familie in dieser umfassenden Art und Weise erwerben lassen.

Kerstin Auerbach
Breiter Weg 16
39288 Burg
Mobil: 0163/428 70 18
aui18@t-online.de
www.kerstin-auerbach.de

Bildung ist auch, ein Zuhause zu haben

Ein Schulsystem für alle Kinder, das zusammenführt, anstatt zu trennen

Als Förderschullehrerin arbeite ich täglich mit Kindern und Jugendlichen, die sich dem vorhandenen starren Schulsystem nicht anpassen und deshalb keine Regelschule mehr besuchen können. Es sind Kinder mit besonderen Fähigkeiten. Sie haben Stärken, die man mit ausreichender Zuwendung fördern kann, und Schwächen, die sich durch diese Förderung kompensieren lassen.

Diesen Kindern ist aber ein vernünftiger Schulabschluss kaum möglich, und zwar deshalb, weil sie durch bestehende Systeme in ihrer Entwicklung behindert werden. Ich versuche trotzdem täglich, sie zu selbstbewussten Menschen zu erziehen. Sie sollen Menschen sein und werden, die an sich und ihre Träume glauben. Ich habe ihnen versprochen, alles in meiner Macht Stehende zu bewegen, Kindern die Chance auf Bildung in Gemeinschaftsschulen und in Wohnortnähe zu ermöglichen. Denn dort, wo sie zu Hause sind, sind auch ihre Freunde, ihre Vereine und ihre Familien. Anstatt teure Sonderschulzentren mit immer weniger ausgebildeten Fachlehrern und hohe Fahrtkosten zu finan-

zieren und dabei das Sterben kleiner Grundschulen in Kauf zu nehmen, muss ein Schulsystem entstehen, das in der Lage ist, sich auf die Lernenden und deren Bedürfnisse einzustellen. Motivierte Lehrerinnen und Lehrer gibt es in unserem Land durchaus, man muss ihnen nur die nötige Wertschätzung, ausreichend Personalstellen und verlässliche Bedingungen zuteil werden lassen.

Ein solches Schulsystem für alle Kinder ist zunächst sicher-

lich erst einmal etwas kostenintensiver. Auf Dauer aber wird es wesentlich erfolgreicher und kostengünstiger sein. Folgekosten wie teure Therapien, Fahrtkosten, Schulverweigerer in hoher Zahl müssten dann nicht mehr finanziert werden, und es würde etwas ganz Wichtiges erreicht: Kinder könnten von Beginn an lernen, tolerant und respektvoll zu sein. Sie kämen mit unterschiedlichen Menschen in Verbindung und lernten miteinander und voneinander. Kin-

der haben keine Vorurteile. Die werden ihnen von Erwachsenen vorgelebt und von Systemen provoziert, die trennen, statt zusammenzufügen. Vorurteile entstehen nicht, wenn man miteinander lebt und lernt. Respekt wächst, wenn wir Kinder gemeinsam lernen lassen und ihnen die Chance geben, ihre Talente und Fähigkeiten auf unterschiedlichste Weise zu entwickeln.

Kerstin Auerbach



Tourismus ist ein Standortfaktor, den wir ausbauen wollen



Da fährt eine Journalistin durch das zwar beschauliche, aber nicht ohne touristische Ziele ausgestattete Jerichower Land. Laut ihrem Bericht hatte sie nicht so gute Erlebnisse in der kleinen Stadt mit ihrem berühmten Kloster, das dem Landkreis seinen Namen gab. Sie nannte den sehr reduzierten Busverkehr und die Tatsache, dass es nur eine Gaststätte gibt, als Grund für ihre Einschätzung und verpasste ihrem Artikel die Überschrift »Friss oder stirb«. Schlecht weg kam in dem Text auch die Stiftung, die den Aufbau der Klosteranlage mit viel Herzblut, begleitet vom Engagement unzähliger Ehrenamtlicher aus der Region und mit Hilfe von Fördermitteln aus EU, Bund und Land betrieben hat. Die Anlage ist heute ein touristisches Highlight.

Nachdem der Artikel erschienen war, wandte sich der Förderverein des Klosters Jerichow an Harry Czeke, den tourismuspolitischen Sprecher der LINKEN im Landtag. Der nahm mit der Redaktion Kontakt auf, kritisierte die Darstellung der Klosteranlage im Text und lud die Journalistin ein, die Anlage gemeinsam mit ihm und Vertretern des Fördervereins noch einmal zu besuchen. Dem wurde zwar zugestimmt, aber gekommen ist die Journalistin

nicht. Sehr bedauerlich, denn das Kloster ist gerade erst vom Landestourismusverband ausgezeichnet worden und kann aufgrund der Vielfältigkeit seiner Angebote auf ständig steigende Besucherzahlen verweisen. Aber nicht nur das Kloster Jerichow ist eine Augenweide, die ganze Region wird dadurch aufgewertet. Zum Beispiel auch deshalb, weil die Anlage barrierefrei gestaltet ist und somit auch Menschen mit Handicap zum Besuch einlädt.

Harry Czeke sagt: »Für mich ist eine der wichtigsten Aufgaben die Weiterentwicklung des Tourismusstandorts. Der Tourismus ist gerade in ländlich geprägten Räumen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Auch in unserem Jerichower Land. Die Straße der Romanik, das Blaue Band oder die Elbauen mit ihrer Tiervielfalt und den Naturschätzen – das sind alles Gründe, um in Zusammenarbeit mit Bund, Land und Gemeinden auch die notwendige Förderung und den Ausbau von Wander-, Rad- und Reitwegen zu unterstützen. Die Verzahnung von Erlebnis- und Kulturtourismus mit Gesundheits- und Wellness-tourismus, eingebunden darin die Barrierefreiheit, beweisen, was wir hier in der Region schon immer wussten: Das Jerichower Land ist ein Land zum Bleiben.«

KiFöG in der Diskussion – LINKE im Gespräch

Nicht zum ersten Mal diskutieren wir über die Thematik Kinderförderungsgesetz (KiFöG), aber das scheint in unserer Landesregierung nicht relevant zu sein. Warum auch, man kann es aussitzen und hoffen, dass es vielleicht doch so durchgeht.

Dass das Gesetz eine riesige Baustelle ist, das haben inzwischen auch die Kommunen, Kindereinrichtungen und die Landkreise erfahren dürfen. Nichts Halbes und nichts Ganzes sozusagen.

In Burg informierte dazu im November 2015 die familienpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE, Monika Hohmann, mit Vertretern aus Kindereinrichtungen, mit Bürgermeistern, betroffenen Eltern und Interessierten.

Fazit nach jetzigem Stand, so Monika Hohmann, ist eine komplette Unterfinanzierung der Kommunen durch die Landesregierung. DIE LINKE fordert von den Landkreisen unter anderem die Einführung von Mindeststandards bei der Gestaltung von Betreuungsplätzen in Kitas. Die Leistungen müssen vergleichbar sein und können entsprechend der vorhandenen Bedingungen angepasst werden. Vor allem die Kita-Leiterinnen machten ihrem Ärger Luft und erwarten, dass sich mit diesem Gesetz noch einmal dringend befasst werden muss.

Die geänderten Standards führen in den Einrichtungen zu veränderten Bedingungen, die aber durch den Betreuungsschlüssel

und die Aufgabenvielfalt im Rahmen des Projektes »Bildung elementar« nicht eingehalten werden können. Hier geht es nicht darum, dass es nicht zu schaffen wäre, sondern um die Tatsache, dass die finanziellen Rahmenbedingungen durch die Landesregierung überhaupt nicht erfasst und eingepplant wurden. Dazu gehören der erhöhte Aufwand an Dokumentationen, Elterngespräche oder Säuglingsbetreuung.

Das Landesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 20. Oktober 2015 festgestellt, dass die kommunale Verfassungsbeschwerde teilweise begründet ist. Begründet ist die Klage in Bezug auf ausgewählte Konnexitätsrelevante Sachverhalte. Allen weiteren Klagepunkten, wie z. B. der Übertragung des Rechtsanspruches auf die Landkreise, wurde nicht stattgegeben. Das ist noch zu verstehen, aber wie sieht es mit der Finanzierung aus?

Recht bekamen die klagenden Gemeinden in nachfolgenden Punkten:

Nichtvereinbarkeit mit der Landesverfassung

■ Gemäß § 12 b tragen die Gemeinden zu mindestens 50 Prozent die Finanzierung des verbleibenden Finanzbedarfs. Dies stellt einen Konnexitätsrelevanten Sachverhalt dar, da das Gesetz zwar für die anderen 50 Prozent des Defizits die Finanzierung über die Elternbeiträge festlegt, für den verbleibenden Anteil der Gemeinden, der pflichtig vorgeschrieben ist,

jedoch eine Kostendeckungsregelung schuldig bleibt.

Kosten für »Bildung elementar«

■ Das Bildungsprogramm wurde mit dem letzten KiFöG zur verbindlichen Vorgabe erhoben. Dadurch entstehen zusätzliche Kosten, etwa für Schulungen, Qualifizierungen, Räumlichkeiten, Außenflächen, Materialien, EDV-Ausstattung. Sie stellen Konnexitätsrelevante Sachverhalte dar, für die im Gesetz keine entsprechende Kostendeckungsregelung enthalten ist. Diese Ausgaben stehen in Bezug zum § 12 b und erhöhen den kommunalen Pflichtanteil an der Finanzierung des Defizits.

Kosten für das Qualitätsmanagement

■ Nach § 5 Abs. 3 sind die Träger von Kindertageseinrichtungen zum Einsatz eines Qualitätsmanagementsystems verpflichtet. Die dadurch entstehenden Kosten lässt das Gesetz ebenfalls unberücksichtigt. Auch dies erhöht das gemeindliche Defizit nach § 12 b.

Eigenanteil freier Träger

■ Das alte KiFöG regelte einen von den freien Trägern an der Gesamtfinanzierung zu erbringenden Eigenanteil von bis zu fünf Prozent. Mit der Einführung der neuen Entgeltvereinbarungen entfiel dieser Eigenanteil. Die dadurch entstehende »Finanzierungslücke« tragen nunmehr die Gemeinden, da sich das gemeindliche Defizit um diese Kosten erhöht. Auch hier sieht das Gesetz keine Kostendeckungsregelung vor.



Das Problem für die Gemeinden ist jetzt leider, dass das LVG nicht die Möglichkeit genutzt hat, den § 12 b für nichtig zu erklären. Dies hätte ein sofortiges Handeln der Landespolitik notwendig gemacht. Bis zum 31. Dezember 2017 ist nun Zeit, entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

Da kann man nur sagen: Die Landesregierung hat es prima hinbekommen, den schwarzen Peter an die Verantwortlichen der nächsten Legislatur weiterzugeben.

Für mich stellt sich hier nur die Frage: Macht man so etwas wissentlich, oder ist Unwissenheit die Grundlage eines solchen Handelns. Ausreichend Anhörungen, Diskussionen und

Berechnungen mit allen Betroffenen fanden doch statt! Oder ist man davon ausgegangen, dass die Kommunen das schon irgendwie hinbekommen? Fazit ist, alle Kommunen müssen für die Kinderbetreuung einen enormen finanziellen Mehraufwand aufbringen. Das heißt dann auch, derjenige, der Schaden verursacht, muss mit den Konsequenzen rechnen.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE. Jerichower Land wird die Verhandlungen gemeinsam mit der Landtagsfraktion begleiten und sich für eine vernünftige Lösung für Kommunen und Eltern einsetzen.

Sabine Roszczka
Vorsitzende Regionalverband DIE LINKE. Burg

Gemeinsam etwas gestalten

Politik muss menschlicher, verständlicher und regionaler werden

Als Kommunalpolitikerin ist es mir auf dem Weg in die Landespolitik ungeheuer wichtig, die Menschen hier in der Region mitzunehmen. Ich will Politik mit ihnen gestalten und nicht über ihre Köpfe hinweg. Darum möchte ich Sie bitten und er-

mutigen, Missstände an mich heranzutragen, Probleme beim Namen zu nennen, aber auch, Gelungenes zu dokumentieren, damit wir dies vielleicht auf andere Bereiche übertragen können. Politik muss menschlicher, verständlicher und regionaler

sein, um Veränderungen anzuschließen. Akzeptanz für Veränderungen gibt es erst dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Und zwar auch dann, wenn gerade keine Wahlen stattfinden. Dafür will

ich diesen neuen, aber spannenden Schritt gehen. Mit Ihnen!

Verantwortung für sich selbst

Noch einmal zum Sport, der mir sehr am Herzen liegt. Die Schwimmstätten der Kommunen belasten die Haushaltskassen in erdrückender Art und Weise. Ihr Erhalt sollte aber dennoch unbedingt unterstützt werden, denn sie sind in den Kommunen ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge für Vereine und Familien. Als unterrichtende Schwimmlehrerin an meiner Schule stellt sich mir die Frage, warum das Land noch nie an der Betreibung der Schwimmbäder beteiligt wurde. Schließlich ist die Schwimmbildung der Schülerinnen und Schüler des Landes Sachsen-Anhalt als fester Bestandteil im Lehrplan festgeschrieben. Das ist auch gut so, aber wo sollen denn die Kinder das Schwimmen in der Schule erlernen, wenn nicht in einem Schwimm-

bad oder einer Schwimmhalle? Trockenschwimmübungen werden uns nicht weiterbringen. Die Landesregierung ist also in der Pflicht, sich zu kümmern. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich dieser Aufgabe stellen.

Alt werden heißt nicht, abgeschoben werden

Die Lebenserfahrungen und Kompetenzen von älteren und alten Menschen zu nutzen, wird ein wichtiger Bestandteil meiner Tätigkeit sein. Ihr Rat, ihre Kompetenz, ihre Erfahrungen und ihr Engagement sind ein unschätzbare Gewinn, den es zu nutzen gilt. Genauso lege ich sehr großen Wert auf die Meinungen und Ideen junger Menschen. Gerade in den letzten Monaten durfte ich erfahren, dass sie sehr kritisch und sozial denken und auch interessiert an Politik und Veränderungen im Land sind. Das zu nutzen, einzubinden und zu fördern, ist Aufgabe der Politik.

Kerstin Auerbach





Gerald Grünert
Wahlkreis 23
Zerbst inklusive Gommern

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, mit der Landtagswahl am 20. März 2011 haben Sie mir und der LINKEN für die sechste Legislaturperiode Ihr Vertrauen ausgesprochen, und nun bitte ich Sie erneut um Ihre Stimme. Die Fraktion DIE LINKE wird auch weiterhin im Landtag mit parlamentarischen Initiativen auf die vielfältigsten Problemfelder eingehen und sie immer wieder zur Sprache bringen. Dafür benötigen wir weiterhin Ihre Unterstützung. Ich setze auch in Zukunft auf Ihre Mitarbeit und lade Sie hiermit recht herzlich ein, sich im Wahlkreis mit Ihren Vorstellungen, Hinweisen und Kritiken gemeinsam mit mir aktiv einzubringen. Sollten Sie interessiert sein, dann kommen Sie einfach zu den Sprechstunden in mein Wahlkreisbüro oder rufen Sie an. Auf Wunsch komme ich auch zu Ihnen.

Telefon: 039 23/48 62 78
www.gerald-gruenert.de

Fähren sind landesbedeutsam!

Die Fähre zwischen Ferchland und Grieben befördert nicht nur Personen, Fahrzeuge und Güter, sondern ist auch für die Landwirtschaft und das elbübergreifende Gewerbe von Bedeutung. So viel ist unbestritten. Diskussionen gibt es um ihre Finanzierung. Bis dato lag die bei der Gemeinde Elbe-Parey. Eine sehr

einseitige Verantwortung, denn Tatsache ist, dass die Fähre von Ferchland im Jerichower Land nach Grieben im Landkreis Stendal übersetzt. Warum also nicht auch gemeinsam die Finanzierung übernehmen? Dazu gab es ein erstes Gespräch mit Vertretern der Einheitsgemeinde Tangerhütte

und Grieben. Der Wille ist da, es fehlt aber am notwendigen Geld. Zwei Personen arbeiten auf der Fähre, die nach Tarif bezahlt werden. Niedrigwasser und notwendige Reparaturen führen zu Verlusten, die durch die Gemeinden geschultert werden müssen. Dabei sind Fähren nicht nur ein wichtiges Trans-

portmittel, sondern auch für den Tourismus von immer größerer Bedeutung. Das betrifft auch die acht Elbfähren und zwei Saalefähren zwischen Arneburg und Sandau.

Die Landesregierung weiß um die Bedeutung von Fähren für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus, hält sich aber noch vornehm zurück. Ja, man will sich durchaus mal mit der Fährrproblematik befassen. Aber wann? Die Frage ist offen.

Aber Harry Czeke lässt nicht locker: »Die Fähre zwischen Ferchland und Grieben verbindet Regionen länderübergreifend. Wenn wir sie nicht mehr haben, geht auch ein Stück Infrastruktur verloren. Es ist dringend erforderlich, dass das Land eine andere Sicht auf den ländlichen Raum entwickelt. Konkret heißt das: Die Fähren in Sachsen-Anhalt dürfen nicht mehr als freiwillige Aufgabe, sondern müssen als Pflichtaufgabe betrachtet werden. Sie benötigen eine andere Einstufung in der Landesbedeutsamkeit und in der Finanzierung.«



TTIP stoppen!

Das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bewegt seit Monaten die Gemüter – auch die Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt übt massive Kritik daran. Wir fordern, die hohen Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen in der EU und in den USA zu erhalten. Eine Mehrheit im Landtag beschloss allerdings, die »Verhandlungen

über (die) transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft entschlossen voranzutreiben«. Auf Antrag der LINKEN fand sich dieser Beschluss nun auf der Tagesordnung des Europausschusses in Brüssel wieder – konkret im Rahmen eines Fachgesprächs. Für die Fraktion DIE LINKE nahmen die Ausschussmitglieder Harry Czeke und Frank Thiel da-

ran teil, ebenso wie die EU-Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt Arne Lietz (SPD) und Sven Schulze (CDU). Sie waren auf Landesebene stets als Befürworter des Transatlantischen Freihandelsabkommens aufgetreten.

In Brüssel räumten beide dann aber ein, sich im Europäischen Parlament nicht ausreichend über die Verhandlungen zum TTIP informiert gefühlt zu haben. Das mag mit den Geheimverhandlungen zusammenhän-

gen, die von der LINKEN stets kritisiert worden waren. Die breite Front gegen TTIP wird immer stärker.

Am 10. Oktober 2015 gingen in Berlin etwa 250.000 Menschen auf die Straße, um gegen TTIP zu protestieren. Die Demonstration war eine der größten der vergangenen Jahre in Deutschland. Harry Czeke war dabei. Und er wird auch künftig überall dort zu finden sein, wo es um den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern geht.



Nicht abwarten. Handeln!

Prävention – die hat sich Kerstin Auerbach auf die Fahnen geschrieben. Und das auf eine ganz besondere Art. Als Lehrerin an der Grundschule und Förderschule ist sie auch mit den Problemen der Sucht in unterschiedlicher Form konfrontiert. Um Kindern und Jugendlichen das Thema nahezubringen, hat sie das Kinderbuch »Was ist bloß mit Mischka los?« geschrieben und mit Unterstützung des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt veröffentlicht. Am 4. Februar 2016 ist Kinderbuchtag. Und Kerstin Auerbach ist mit dabei! Nähere Informationen unter www.dielinke-gerichowerland.de



Fotowettbewerb für die Wahlkreise Genthin und Burg

Zeigen Sie uns Ihren Lieblingsort, schicken Sie uns ein Foto! Alle Bilder werden ausgestellt, die besten prämiert.

Preise Wahlkreis 05

(Elbe-Parey, Genthin, Jerichow, Tangerhütte und Tangermünde)

- Besuch des Reit- und Fahrvereins Schlagenthin e. V. mit Harry Czeke

- Gutschein für das Café »Tangermünder Kaffeerösterei«
- Kinogutschein

Preise Wahlkreis 06

(Biederitz, Burg, Möckern und Möser)

- eine Bonuskarte für die Schwimmhalle

- Kinogutschein für das Burger Kino
- Radtour mit »Täve« Schur und anschließendem Kaffeeklatsch

Die Preisverleihung findet im Rahmen der Abschlussveranstaltung am 11. März 2016 statt.

Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückler, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückler: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückler: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückler: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückler: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschafter bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfel? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag





13. März 2016 Wählen gehen – damit sich etwas verändert!

»Ich gehe nicht mehr wählen.«
»Politiker sind doch alle gleich.«
»Es ändert sich ja doch nichts.«

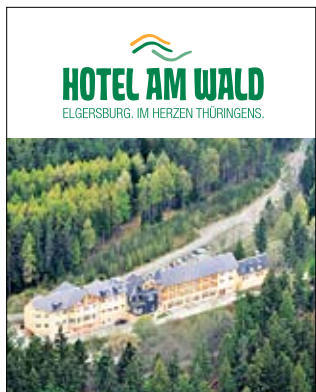
Leider höre ich das immer öfter. Aber ich will Ihnen dazu etwas sagen. Sie haben es in der Hand, ob sich etwas ändert. Wenn Sie nicht wählen gehen, werden es andere für Sie tun, die es vielleicht nicht allzu gut meinen. Oder die anderen bleiben auch zu Hause. Dann laufen Sie tatsächlich Gefahr, dass alles bleibt, wie es ist.

Politikerinnen und Politiker sind nicht alle gleich. Ich nenne Ihnen nur drei Beispiele, wo sich DIE LINKE deutlich von allen anderen Parteien unterscheidet:

- Sie hat noch nie einem Angriffskrieg zugestimmt, und sie wird das auch in Zukunft nicht tun.
- Sie kämpft für die Angleichung der Löhne und Renten im Osten an das Westniveau.
- Sie will, dass Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen können und bundesweit Volksentscheide eingeführt werden.

Dafür steht wirklich nur DIE LINKE. Wenn Sie wollen, dass diese politischen Forderungen auch durchgesetzt werden, gehen Sie am 13. März 2016 wählen und geben Sie meiner Partei Ihre Stimmen.

Ihr Georg Gepp



Schmücker Str. 20 · 98716 Elgersburg/Thr.
www.hotel-am-wald.com
https://www.facebook.com/hotelamwald
Telefon 03677 79800

Mehr Pädagoginnen und Pädagogen für gute Bildung

Die Landesregierung setzt jedes Jahr neu den Rotstift an. Sie nennt es »sparen«, angeblich, um der kommenden Generation einen ordentlichen Haushalt zu hinterlassen. Gut, könnte man meinen, würde sie nicht die Zukunft genau jener Generation wegsparen – und damit auch die Sachsen-Anhalts. Tausende Lehrerinnen- und Lehrstellen sind dieser Politik schon zum Opfer gefallen. Die Folge: Unterricht fällt aus, inzwischen fast überall im Land. Die Schülerinnen und Schüler Sachsen-Anhalts erreichten in den vergangenen Jahren in bundesweiten Vergleichen Spitzenleistungen. Es gab – neben anderen – einen wichtigen Grund dafür: ausreichend gute Lehrerinnen und Lehrer. Damit ist mittlerweile Schluss. Weder bildet das Land genügend Nachwuchs aus noch stellt es genügend neue Lehrkräfte in den Landesdienst ein.

Jedes Jahr stehen damit weniger Lehrkräfte vor den Klassen, jedes Jahr fällt mehr Unterricht aus. Das kann nicht so bleiben. Wir müssen kurzfristig etwas tun, um die größten Lücken zu schließen, und langfristig daran arbeiten, wieder eine gute Unterrichtsversorgung zu sichern. Kurzfristig heißt: Zum Schuljahr 2016/17 wollen wir mindestens 350 Lehrkräfte mehr einstellen, als es CDU und SPD planen. Auch unverständliche Hemmnisse für eine Bewerbung wol-



len wir abbauen: Alle Lehrkräfte, die wir in Sachsen-Anhalt ausbilden, und auch solche mit DDR-Lehrerausbildung wollen wir in unsere Schulen holen, wenn sie es wollen. Langfristig Vorsorge zu treffen bedeutet, die Kapazitäten an den Universitäten und in den staatlichen Seminaren schnellstmöglich dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in den kommenden Jahren stabil bleiben, im Moment steigt sie sogar etwas. Darum wollen wir einen weiteren Stellenabbau im Schuldienst verhindern und wieder mindestens an das Niveau heran, das wir 2013 hatten: 14 300 Stellen. Das wird nicht einfach, zu viel ist von CDU und SPD in den vergangenen Jahren falsch gemacht worden. Doch ohne einen Kurswechsel werden wir uns von guter Bildung in Sachsen-Anhalt immer weiter entfernen.



Thomas Lippmann, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016



Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016

Spionin	Rosenöl	Hochebene	Anrede Sache (lat.)	engl. Artikel	babylon. Gott	Weltmeer	Laufvogel							
LINKE-Spitzenkandidat		1			Magdeburger Wahrzeichen		Turngerät							
griech. Buchstabe	10	Waldtier			Himmelsbläue	5								
feine Textilfaser							Stiftung in Dessau							
Drei (ital.)			3	2	7		dt. Alphabet							
Luftreifen		Schmelzüberzug	8	4	6	5	9	2						
			7	1	4									
			7	8			3							
			6	5	9	6	4							
arab. Staat	Landeshauptstadt	Schiff-fahrtskunde			3		1							
			8	7	6	3	5	2						
					5	9	1							
sagenh. Sonnenland	11	Cousine (veralt.)	12	Bruderschaft in Halle	Fahrt									
Ge-schmacks-verstärker						Papst-name Ruhe								
Wagen-schup-pen	4	einbal-samier-ter Körper	Fluss in Sachsen-Anhalt	Lotterie-schein		Wind-richtung	früher							
					dt. Re-formator									
Salomon-insel Zucker-rohrschn.			Honig-wein	Zwerg der Sage		Tier-kadaver	nord. Gottheit							
		röm. Liebes-gott	7			Wolle (lat.)	14							
längl. Ver-tiefung				Verord-nung			9							
Alter (engl.)		engl. Schul-stadt	13			Nord-osteuro-päer	3							
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:



■ eine Reise nach Brüssel mit Besuch des Europäischen Parlaments



■ eine Reise nach Berlin mit Besuch des Deutschen Bundestages



■ ein Wochenende zu zweit im Hotel »Am Wald« in Elgersburg (Thüringen)

Lösung bitte bis zum 20. März 2016 einsenden an: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt Ebendorfer Straße 3 39108 Magdeburg oder per E-Mail an: kontakt@dielinke-lsa.de

Impressum: Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016, Auflage: 20 000 Redaktionsschluss: 6. Januar 2016 Herausgeberin: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt www.dielinke-sachsen-anhalt.de V.i.S.d.P.: Tatjana Behrend Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE. Layout und Satz: DiG / TRIALON Druck: Berliner Zeitungsdruck